

Aufgrund der heftigen Vorwürfe der Vergangenheit von Seiten des Transportministers, sie seien Schuld an den Problemen bei der Abfertigung der PassagierInnen, sind die FlughafenkritikerInnen vorsichtig geworden. Zum einen sei die Regierung selber verantwortlich dafür, dass sie die rechtlichen Prozeduren nicht einhalte, zum anderen liege derzeit nur ein "recours gracieux" beim Umweltministerium vor, sagt Blanche Weber vom Mouvement. Ob diese sanfte Tour reichen wird, um eine scharfe Begrenzung der Flugbewegungen und Nachtflüge durchzusetzen? Oder erwacht die Bevölkerung erst, wenn in ein paar Jahren der Lärm ins Unerträgliche wächst?

Gegen die Arbeitslosigkeit!

Sofortmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit verlangt die Vereinigung "Agir contre le chômage" (ACC) angesichts einer steigenden Arbeitslosenrate in Luxemburg. Im Oktober belief diese sich nach Angaben des Arbeitsministeriums auf 3,2 Prozent. Die ACC führt den Anstieg auf eine strukturelle Krise der zu monolithisch ausgerichteten luxemburger Wirtschaft und auf die gesamteuropäische Rezession zurück. Davon betroffen seien nicht nur Banken, sondern auch einige Industrie- und Dienstleistungssektoren. Was die Zahlen des Ministeriums verbergen, ist die Arbeitslosigkeit der GrenzgängerInnen, die darin nicht berücksichtigt wird. Zu den von der ACC geforderten Maßnahmen gehören ein gezielt auf das Profil der Arbeitslosen ausgerichtetes Arbeitsbeschaffungsprogramm, die Einführung der 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust, die Regularisierung der bis zu 3.000 Personen, die sich zurzeit in Beschäftigungsmaßnahmen befinden, Umschulungsprogramme und andere Maßnahmen sowie ein Vorgehen gegen die Erhöhung der Mietpreise durch den Bau neuer Wohnungen.

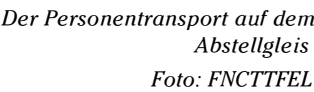
Homo-Ehe am Rio de la Plata?

Einige europäische Länder haben sie, Luxemburg hat sie nicht, aber bald hat sie vielleicht Argentinien. Hauptstadt: die eingetragene Lebensgemeinschaft für schwule und lesbische Paare. Nach mehr als anderthalb Jahren Diskussion um die so genannte Homo-Ehe kam diese im Stadtparlament von Buenos Aires am Donnerstag in der letzten Sitzung vor der Sommerpause zur Abstimmung. Dies berichtet die links-alternative argentinische Tageszeitung "Pagina/12". Bei einer Annahme des Gesetzesprojekts sollen gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft auf dem Gebiet der Millionen-Metropole die gleichen Rechte wie Heterosexuelle haben. Das Projekt wurde im vergangenen Jahr von der "Comunidad Homosexual Argentina" (CHA) ausgearbeitet und von linken Parteien, aber auch von der sozialdemokratischen Radikalen Bürgerunion und Teilen der peronistischen Regierungspartei Argentinien unterstützt. Die Entscheidung fiel leider erst nach wox-Redaktionsschluss.

ÖFFENTLICHER PERSONENTRANSPORT

Höchste Eisenbahn

**Stehen Luxemburgs Züge
auf dem Abstellgleis?
Zumindest befindet
sich das Bahnmateriale
in einem
erbärmlichen Zustand.
Mouvement Ecologique
und die Gewerkschaften
fordern von CFL und
Regierung Taten.**



(sk) - Es rumpelt und rattert, wackelt und scheppert: Die PendlerInnen und SchülerInnen im voll besetzten Zug von Luxemburg nach Bettemburg werden kräftig geschüttelt - so auch die Gruppe von JournalistInnen, die sich auf die Reise zur gemeinsamen Pressekonferenz der Aktioun öffentlichen Transport, von FNCTTFEL, Mouvement Ecologique und Syprolux gemacht hatte.

"Es ist fünf vor zwölf" bei der Luxemburger Eisenbahn, warnte Méco-Generalsekretärin Blanche Weber. Die Regierung hatte längst den Ausbau der öffentlichen Transportmittel in Aussicht gestellt und angekündigt, deren Anteil am allgemeinen Mobilitätsaufkommen auf 25 Prozent zu erhöhen sowie die Schienenanbindung der BewohnerInnen aus der Großregion zu verbessern. Doch diese Absichtserklärungen seien weit entfernt von der Realität.

Veraltete Waggons, verschlissene Apparaturen in den Lokführerkabinen, heruntergekommene Rangieranlagen: Alles in allem besteht ein riesiger Nachhol- und Renovierbedarf. Und ein Mangel an Komfort, der das Wort "Service" für die BahnkundInnen nicht mehr verdient. "Der Zustand des aktuellen CFL-Zugmaterials sowie die Tatsache, dass immer noch ein eklatanter Mangel an neuem Material besteht, sind besonders symbolträchtig in dieser Beziehung", so die KritikerInnen.

Dabei hatte der CFL-Verwaltungsrat 1999 beschlossen, verstärkte Anstrengungen beim Transport und der Kundenbetreuung zu tätigen. Doch der so

genannte 'Plan Qualité Voyageurs' ziele ins Leere, wenn nicht schnellstens neues Material angeschafft werde. Denn der Fuhrpark ist größtenteils altersschwach und nur noch zum Teil verwendbar: Die Reisezugwagen stammen aus den 60er Jahren, die elektrischen Triebwagen - besser bekannt als "Moulinex" - wurden 1974/75 ausgeliefert, wegen Wartungsarbeiten muss die CFL zurzeit auf etwa 70 Prozent dieser vor allem aus dem Pariser Banlieue-Verkehr bekannten Züge verzichten; die fast 40 Jahre alten Dieselloks fallen häufig aus, und auch die noch älteren elektrischen Lokomotiven sind nicht weniger störanfällig. Doch die Luxemburger Eisenbahngesellschaft kommt mit den Reparaturen kaum nach. Deren Ziel sei es vielmehr gewesen, den Personalstand zu reduzieren, bemängelt die Gewerkschaft.

"Mit derart altem Material gewinnt man keine neuen Kunden", kritisiert ein Vertreter der Fahrgastvereinigung. Die Fahrbedingungen seien unzumutbar, die Klimatisierung so schlecht, dass es entweder stickig heiß oder zu kalt werde, und die Erschütterungen machten eine Zugfahrt für behinderte BahnkundInnen zur Tortur. Ein weiteres Defizit erlebten die in Eiseskälte ausharrenden JournalistInnen: Der Zug zurück in die Hauptstadt hatte einige Minuten Verspätung.

Die CFL stöße gerade im grenzüberschreitenden Pendlerverkehr an ihre Kapazitätsgrenzen, stellte das Bündnis der KritikerInnen fest. So könne das angestrebte Ziel, den Anteil der öffentlichen Transportmittel am

Verkehrsaufkommen zu erhöhen, nicht realisiert werden. Zudem seien in den Wartungshallen der Bahn die Arbeitssicherheit und die Umweltschutzmaßnahmen nur unzureichend gewährleistet, erklärt FNCTTFEL-Chef Nico Wennmacher, der darüber hinaus auf die prekären Arbeitsverhältnisse der Zugführer aufmerksam macht. Diese hätten oft nicht einmal eine Sitzgelegenheit, so der Gewerkschafter.

Méco und die anderen KritikerInnen machen nicht zuletzt die Regierung für den alarmierenden Zustand der luxemburgischen Eisenbahn verantwortlich. Sie habe nötige Investitionen in Zugmaterial jahrelang hinausgezögert. "Das Konzept 'mobilité.lu' des Transportministeriums in diesem Bereich harrt einer Umsetzung", appellieren Méco, Gewerkschaften und 'Aktioun öffentlichen Transport' gemeinsam an die Exekutive. Bereits von 2004 an sollen moderne Doppelstockzüge und so genannte "Trains-Trams" eingesetzt werden. Doch bisher seien nur zwölf doppelstöckige elektrische Triebwagen bestellt worden, die im grenzüberschreitenden Verkehr eingesetzt werden sollen, erklärt Nico Wennmacher.

"Eine dramatische Situation", so Blanche Weber. Deshalb werde ein Sofortprogramm gefordert. Dieses sieht so aus: Instandsetzung von allen fahrtüchtigen, aber reparaturfähigen Lokomotiven und Triebwagen sowie Anmieten von neuen Loks, zudem die Anschaffung neuer Materials und der Neubau einer Zentralwerkstätte. Und von der Regierung fordert das Kritikerbündnis, "endlich Farbe zu bekennen und der dringend erforderlichen Kapitalerhöhung der CFL zuzustimmen".

REFOULEMENTS

Accélérer la politique des retours

Le Benelux a signé une demi-douzaine d'accords de réadmission avec entre autres la RFY. En les approuvant, le parlement luxembourgeois vient de faciliter le processus des retours forcés.

(ergué) - Alors que les personnes réfugiées semblent avoir perdu tout espoir de pouvoir rester ici et commencent à résigner et à se plier l'une après l'autre à un retour "volontaire", les journaux luxembourgeois se remplissent de pétitions, d'appels et de lettres au gouvernement, afin qu'il revienne sur sa position en matière de politique de refoulement.

Mais celui-ci ne semble pas plus impressionné par les signatures d'élèves, d'enseignant-es, de prêtres ou de syndicalistes que la plupart des parlementaires. Jeudi, lors des débats sur l'approbation des accords de réadmission signés par le gouvernement avec notamment la République fédérale de Yougoslavie (RFY), les orateurs et oratrices des partis de la majorité ont félicité leurs ministres. Ainsi, Laurent Mosar (CSV), président de la commission juridique et rapporteur des différents projets de loi relatifs aux accords de réadmission, s'est demandé s'il ne fallait pas abolir le double degré de juridiction afin de rac-

courcir la procédure d'asile - et éviter ainsi que les personnes réfugiées ne s'intègrent trop avant d'être refoulées.

Retours en dignité?

L'approche du LSAP, critiquée ces derniers temps par les activistes du secteur "réfugié-e-s" pour son laisser-faire, a suscité plus d'intérêt. Lydie Err ne s'est pas seulement penchée sur le comment des retours forcés, en signalant que le Conseil d'Europe avait élaboré une liste de critères auxquels doit correspondre un retour en dignité, même s'il n'est pas volontaire. Elle a également demandé au ministre de la Justice s'il ne fallait pas au moins donner une autorisation de séjour à ceux et celles qui avaient fui la guerre du Kosovo en 1999.

L'ADR par contre a appuyé le gouvernement en insistant beaucoup sur son opinion que "ces gens-là" étaient avant tout des réfugié-e-s économiques qui usurpaient l'hospitalité luxembourgeoise.

"Déi Gréng", qui avant le débat avaient brandi devant le parlement des affiches contre les retours, récupérant le slogan "Jidderen zielt" du CSV, n'entendaient pas entrer dans le débat sur la forme des retours. Leur représentante Renée Wagener a préféré énumérer les raisons pour lesquelles les retours forcés sont injustifiés: les raisons humanitaires qui s'y opposent, la législation qui permet de garder ici les personnes même déboutées, la capacité du Luxembourg à les intégrer et enfin la situation désastreuse en ex-Yougoslavie. Dans cette logique, les accords de réadmission ne sont que la facilitation technique d'une approche politique inacceptable.

"Děi Lénk", en la personne de leur député Serge Urbany, ont également plaidé pour une intégration et contre la politique européenne de fermeture des frontières.

Le ministre de la Justice Luc Frieden (CSV) a souligné à la fin du débat que le gouvernement n'entendait pas remettre en question sa politique en matière de refoulements, laissant sous-entendre que s'il s'avérait "nécessaire", il n'hésiterait pas non plus à recourir à la rétention des personnes concernées, c'est à dire l'emprisonnement provisoire jusqu'au moment du refoulement.